

Ungewohnte Töne in Ottawa

Befeuert von US-Konservativen radikalisiert sich der Protest gegen die Coronamaßnahmen in Kanada. Auslöser war ursprünglich die Impfpflicht für Lkw-Fahrer, aber die Schärfe des Widerspruchs geht längst darüber hinaus

Von **Martin Hogger**

Tag 13 in Ottawa. Noch immer versperren mannshohe Kühlergrills die Straßen zum Parlament in der kanadischen Hauptstadt. Der selbsternannte „Freiheitskonvoi“ ist gekommen, um zu bleiben, trotz des Ausnahmezustands, den Ottawas Bürgermeister am Sonntag verhängte. Schon seit dem 24. Januar, als Hunderte Trucks von Vancouver aus aufbrachen, hält der Konvoi Kanada in Atem.

Eigentlich ging es um ein Nischenthema: Seit dem 15. Januar müssen Lkw-Fahrer geimpft sein oder zwei Wochen in Quarantäne, um aus den USA wieder nach Kanada einzureisen. Anders herum, von Kanada in die USA, ist dies bereits länger Pflicht. 85 Prozent der Grenztrucker sind geimpft.

Zuvor hatte die Regierung schon in vielen Sektoren berufsbezogene Impfpflichten eingeführt, unter anderem für Krankenhauspersonal und für alle Staatsangestellten. Selbst hochrangige Politiker, die sich nicht impfen lassen wollten, flogen aus dem Parlament. Es gab keinen Konvoi.

Aber schon auf der fünftägigen Fahrt Richtung Hauptstadt schlossen sich immer mehr Sympathisanten an, bis am Ende beinahe Zehntausend Menschen in die Hauptstadt einfielen – angetrieben von Elon Musk-Tweets, US-Republikanern und am Ende umgerechnet acht Millionen Euro an Spenden. Und die Polizei in Ottawa setzte dem kaum etwas entgegen.



Gekommen, um zu bleiben: Treibstoffvorräte am Truckprotest gegenüber dem Parlament in Ottawa Foto: Patrick Doyle/ap

gen. Kaum Festnahmen, kaum Strafzettel. Konvois in Richtung Hauptstadt hat es in Kanada schon oft gegeben. Aber: „Die Leute protestieren und fahren danach wieder nach Hause. So etwas aber, das hatten wir noch nie.“ Das sagt Stewart Prest, der Politik an der Simon Fraser Universität in Vancouver lehrt.

Prest sagt, dass sich Kanada historisch in zentralen politischen Punkten immer einig

gewesen seien. Parteiübergreifend, im Gegensatz zu den USA. Strikte Waffenrechte, weit großzügigere Sozialgesetze, eine umfassende Bekämpfung der Pandemie. 88 Prozent der Kanadier über vier Jahren haben mindestens eine Impfung erhalten.

„Doch die Pandemie scheint das zu ändern“, sagt Prest. Premier Justin Trudeau sei daran gescheitert, einen klaren Weg aus der Pandemie zu zeigen. An-

ders sei nicht zu erklären, dass drei von zehn Kanadiern mit dem Konvoi sympathisierten.

Angetrieben wird diese Frustration von US-amerikanischen Konservativen. Prest spricht von einer neuen Bruchlinie, einer nie dagewesenen Polarisierung, die in der Pandemie dadurch entstanden sei, dass sich radikalere kanadische Konservative mit ihren US-amerikanischen Pendanten zusammengenommen hätten.

Dies kann man hervorragend am Konvoi ablesen. Fox-News-Host Tucker Carlson fragt in seinem Programm, wann es US-amerikanische Ableger des Konvois gebe. Als die Crowdfunding-Plattform GoFundMe das Spendenkonto des Konvois einfror, kündigten führende Republikaner um Floridas Gouverneur Ron DeSantis rechtliche Konsequenzen gegen die Plattform an. Ein Großteil der Spenden für den Konvoi kam nach Angaben von Peter Sloly, Chef der Polizei in Ottawa, aus den USA.

Und so trifft gerade eine radikalisierte Minderheit auf eine Hauptstadt, die keine radikalisierten Minderheiten gewohnt ist. Aber: „Irgendwann werden die Trucks weg müssen“, sagt Prest. Dann könnte es eskalieren, denn der harte Kern habe angekündigt, nicht gehen zu wollen, solange seine Forderungen nicht erfüllt würden. Gefordert wird eine neue Re-

gierung, eine neue Regierungsform, das Ende aller Coronamaßnahmen. Trudeau hat dem bereits eine Absage erteilt. Prest: „Niemand wird gewinnen können. Niemand wird happy nach Hause fahren.“

Dass einige Tausend eine ganze Hauptstadt lahmlegen können, ist ein Erfolg für die Protestierenden. Schon wenige Tage, nachdem der Konvoi in Ottawa ankam, haben mehrere kanadische Provinzen die Aufhebung von Coronamaßnahmen angekündigt. Die Provinz Saskatchewan will sogar fast alle Beschränkungen zurücknehmen. Das spornt an. Innerhalb weniger Tage blockierten Trucker und Protestierende mindestens 16 andere Orte in Kanada. Meist jedoch nur kurz, ähnlich wie überall im Rest der Welt. In 34 Ländern sollen sich laut *Toronto Star* bereits ähnliche Konvois in Planung befinden.

Kanada als Vorbild

Unterstützer Der von den Fahrern sogenannte Freedom Truck Convoy hat weltweit Befürworter gefunden. So wird er in den USA von Moderatoren des Fernsehsenders Fox News beworben und von republikanischen Politikern wie dem Expräsidenten Donald Trump unterstützt. Experten sehen eine starke Mobilisierung der extremen Rechten über das Internet: „Die kanadische Konvoi-Bewegung wurde online von rechtsextremen Gemeinschaften unterstützt und diente extremistischen Covidprotestgruppen weltweit als Blaupause“, schreibt Ciarán O’Connor vom Thinktank Institute for Strategic Dialogue auf Twitter.

Nachahmer In mehreren Ländern dient Kanada Protestierenden als Vorbild: In Paris hat die Polizei eine Trucker-Demo gegen Coronabeschränkungen verboten, zu der sich in einigen Städten bereits Konvois auf den Weg gemacht haben. Zum Schutz der öffentlichen Ordnung wurden die für das Wochenende geplanten Blockaden untersagt, teilte die Präfektur am Donnerstag mit. In Österreichs Hauptstadt Wien sollen Coronamaßnahmengegner nach Medienberichten am Freitag zu ihrem eigenen „Freedom Convoy“ aufrufen. In Wellington in Neuseeland hatten Demonstrierende am Dienstag ein Protestcamp vor dem Parlament aufgeschlagen.

Uganda muss Kongo entschädigen

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilt Uganda wegen des Kongokrieges zu 325 Millionen US-Dollar Entschädigung an die Demokratische Republik Kongo. Die geforderte Summe war viel höher

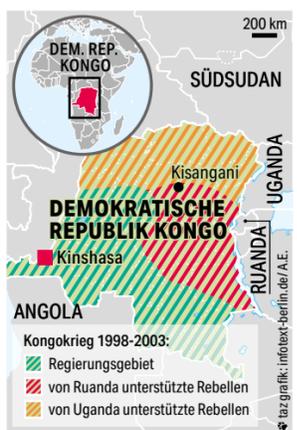
Aus Kampala
Simone Schlindwein

Es war im Juni 1999, kurz bevor ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde, als die Regierung der Demokratischen Republik Kongo den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anrief. Sie forderte das Weltgericht, das für Streitigkeiten zwischen Staaten zuständig ist, auf, Burundi, Uganda und Ruanda zu verurteilen: „Wegen begangener bewaffneter Angriffe in eklatanter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit“, wie es hieß. Die Anklagen gegen Ruanda und Burundi wurden später fallengelassen. Die gegen Uganda blieb bestehen.

Knapp 23 Jahre später erging am Mittwoch das finale Urteil. Darin bestätigt das Gericht, dass Uganda von 1998 bis 2003, also im zweiten Kongo-Krieg, internationale Regeln gebrochen habe, weil es in das Nachbarland militärisch vorgedrungen sei. Damals unterstützten Uganda und Ruanda jahrelang Rebellen, die gegen die Regierung von Kongos Präsident Laurent-Désiré Kabila und dessen Sohn Joseph Kabila kämpften. Kabila wurde von Angola und Simbabwe und ruandischen Hutu-Truppen unterstützt. Ugandas Soldaten sollen für den Tod von 10.000 bis 15.000 Menschen allein in der Provinz Ituri verantwortlich sein. Gold, Diamanten und Tropenholz seien von den

ugandischen Truppen geplündert worden.

Als Entschädigung soll Uganda dem großen Nachbarn nun 325 Millionen (umgerechnet 285 Millionen Euro) US-Dollar zahlen. Die Summe soll in fünf Tranchen von je 65 Millionen jährlich beglichen werden, beginnend im September dieses Jahres, so das Gericht. Darin seien enthalten: 225 Mil-



lionen Dollar für Personenschäden, 40 Millionen Dollar für Sachschäden sowie 60 Millionen Dollar für die geplünderten Ressourcen.

Im Urteil heißt es: „Die Entschädigung, die der Demokratischen Republik Kongo für Personen- und Sachschäden zugesprochen wurde, spiegelt den Schaden wider, den Einzelpersonen und Gemeinschaften infolge des Verstoßes Ugandas gegen seine internationalen Ver-

pflichtungen erlitten haben.“ Uganda hatte argumentiert, eine so hohe Entschädigungssumme würde das Land ruinieren. Doch das Gericht bestätigt nun, die Summe sei „im Rahmen der Kapazitäten, die Uganda zahlen kann“.

Dabei war die ursprünglich von der DR Kongo verlangte Summe noch viel höher: elf Milliarden Dollar. Dagegen hatte Uganda argumentiert, dass Kongos Truppen wiederum ugandisches Personal und Eigentum in

„Die Entschädigung für Personen- und Sachschäden spiegelt den Schaden wider“
Urteil des IGH

dessen Botschaft in Kinshasa geschadet hätten.

Nach einer mündlichen Verhandlung im April 2005 verkündete der Gerichtshof am 19. Dezember 2005 sein erstes Urteil: Uganda wurde schuldig gesprochen. Die genaue Entschädigungssumme sollte jedoch bilateral zwischen den Staaten verhandelt werden.

Es kam zu keiner Einigung. Deswegen rief Kongo 2015 erneut das Gericht an. Im Jahr 2020 wurde eine Expertenkommission einberufen, um die Frage zu erörtern, wie viele Menschen umgekommen und

vertrieben worden seien. Diese Gruppe beriet das Gericht bei der Urteilsfindung. Das Urteil ist endgültig und kann nicht angefochten werden. Ugandas Regierung ist entrüstet: „Obwohl der Schiedsspruch nicht so unverschämte ist wie die geltend gemachten Behauptungen“, heißt es in einer Erklärung des Generalstaatsanwalts Kinyowa Kiwanuka, abgedruckt in der staatlichen Tageszeitung *New Vision*, „sind wir der Meinung, dass die Entscheidung nicht dem von uns erwarteten Standard an Fairness entsprach.“ Uganda bestreitet, dass sich seine Armee falsch verhalten habe: Diese sei „in allen Ländern, in denen sie bis heute tätig ist, eine disziplinierte Kraft und eine Kraft des Guten“.

Auch derzeit sind Ugandas Soldaten wieder im Ostkongo stationiert, seit kurzem auch in der Unruheprovinz Ituri, wo erneut über 600.000 Menschen auf der Flucht sind. Doch diesmal sind Ugandas Truppen mit Einverständnis von Kinshasa da. Sie sollen die ugandische Rebellorganisation ADF (Vereinigte Demokratische Kräfte) jagen, gegen die sich eigentlich auch schon der Einsatz von 1998 richtete und die sich bis heute dort verschanzt. Am Dienstag startete Ugandas Armee die zweite Phase der Militäroperation gegen die ADF, die Ende November begonnen hatte. Sie bombardierte erneut ADF-Camps im Kongo mit Mittelstreckenraketen.

taz panterstiftung

Ernst Friedrich „Fritz“ Beutin, taz Genosse und Spender aus Kempen:

„Gerade die Ereignisse der letzten Jahre in den USA, aber auch hier in Deutschland zeigen, wie dringend erforderlich guter Journalismus ist. Die Basis dafür ist eine gute JournalistInnen Ausbildung. Darum unterstütze ich die taz Panter Stiftung.“



Bitte unterstützen auch Sie uns: [taz.de/spenden](https://www.taz.de/spenden)

Weitere Infos:
www.taz.de/stiftung
stiftung@taz.de
Tel. (030) 25 90 22 13

Spenden Sie jetzt:
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00